

Ratekau wehrt sich gegen drohenden Bahnlärm



Am Rednertisch: Gaby Spiller (Bürgervorsteherin Ratekau), Bürgermeister Thomas Keller, Moderator Henning Müller, Staatssekretär Frank Nägele und Landrat Reinhard Sager (v. l.) in der Møn-Halle.

Foto: Lintschnig

Ratekau - 200 Bürger nahmen an der Diskussion zur Hinterlandanbindung in Ratekau teil. Landrat Sager und Staatssekretär Nägele stellten sich den Fragen der Bürger.

„Es ist hier eine frostige Atmosphäre“, sagte Frank Nägele (SPD), Staatssekretär des Wirtschaftsministeriums des Landes Schleswig-Holstein, zu Beginn seines Einführungsvortrags in der nur wenig beheizten Møn-Halle in Ratekau. Und es wurde nicht viel wärmer für ihn und Landrat Reinhard Sager (CDU). Die beiden hatten keinen leichten Stand bei den Fragen der aufgebrachten Bürger aus der Gemeinde Ratekau zum Thema Hinterlandanbindung für die feste Fehmarnbeltquerung.

Die Bürgerinitiative „Ratekau wehrt sich – keine Güterzüge durch unsere Gemeinde“ hatte die Sporthalle in Ratekau zuvor schon mit einigen Transparenten geschmückt. „Lärm macht krank – auch unsere Kinder“, „Kein Bock auf Bahnläääääärm“ oder „Alle 10 Minuten ein Zug! Wie sollen wir hier noch weiterleben?“ stand darauf geschrieben. „Bei der letzten Informationsveranstaltung vor einem Monat waren wir hier mehr als 500 Bürger. Dass bei diesem Schneewetter trotzdem 200 Menschen gekommen sind, zeigt das große Interesse“, sagte die Sprecherin der Initiative, Kerstin Fischer. Die Mitgliederzahlen der Bürgerinitiative steigen stetig. Zählte sie im vergangenen Monat noch 384 Mitglieder, so waren es laut Fischer vor der Veranstaltung am Montag bereits 712. Im Verlauf der Diskussion haben sich außerdem 40 weitere Personen als Mitglied eintragen lassen. „Wenn Ihre Lebensqualität bedroht ist, dann geben Sie sich kämpferisch“, so Moderator Henning Müller, Bürgervorsteher von Luschendorf, zu Beginn der Diskussion. Das taten die anwesenden Bürger auch.

78 Güterzüge werden voraussichtlich nach Fertigstellung der festen Fehmarnbeltquerung täglich durch die Gemeinde Ratekau fahren – das ist eine bekannte und gefürchtete Zahl. Besondere Angst haben die Menschen vor dem Lärm. „Wir leben schon mit der Autobahn. Jetzt soll noch der Lärm der Güterzüge dazukommen“, ärgerte sich ein aufgebrachter Bürger. Galt in der Vergangenheit noch die Devise, eine „siedlungsferne“ und „sozialverträgliche“ Trassenvariante für die Hinterlandanbindung zu finden, so hat der Ratekauer Bürgermeister Thomas Keller heute nur noch wenig Hoffnung: „Alle Varianten haben riesige Auswirkungen auf die Gemeinde Ratekau. Es gibt weder eine ‚siedlungsferne‘ noch eine ‚sozialverträgliche‘ Trassenführung.“

Auch Staatssekretär Frank Nägele machte den Bürgern in der Sporthalle keine großen Hoffnungen. „Es geht darum, die beste aller schlechten Lösungen zu finden“, so der Staatssekretär. Angaben, wie diese Lösungen aussehen könnten, konnte Nägele nicht machen. „Das liegt an den künftigen Entwicklungen“, erklärte er. Der Staatsvertrag zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland stehe, da gebe es laut Nägele kein Vorbeikommen. „Wenn man das Pferd nicht zähmen kann, muss man versuchen, es zu reiten“, so der Ratschlag von Nägele, der bei den anwesenden Bürgern aber nur auf wenig Begeisterung stieß.

Landrat Sager erhitzte die Gemüter der Bürger, als er sagte, dass er sich nicht vorstellen könne, „die Güterzüge durch die Bädergemeinden zu jagen“. Er hält stattdessen die Trasse durch Ratekau für „am raumverträglichsten“. Schnell wurden Vorwürfe laut, der Landrat würde die Bädergemeinden bevorzugen und die Einwohner der Gemeinde Ratekau zu „Bürgern zweiter Klasse“ degradieren. Sager wehrte sich: „Ich bin Landrat für den gesamten Kreis und bevorzuge keine Gemeinden.“

Kerstin Fischer war am Ende zufrieden mit der Veranstaltung. „Es war sehr belebt hier in der Halle. Die Bürger haben die Möglichkeit genutzt, ihre Unzufriedenheit und ihre Ängste auszudrücken“, sagte Fischer. Nun hofft sie, dass sich die Bürger zahlreich mit individuellen und detaillierten Betroffenheitserklärungen am Raumordnungsverfahren beteiligen, das Anfang des nächsten Jahres beginnen soll.

Von Hannes Lintschnig

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/nachrichten/3630668>

© 2010 www.ln-online.de